

# Blickpunkte

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **73 (1993)**

Heft 9

PDF erstellt am: **17.09.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Die Währungsunion in der Schwebe

Die Absicht der EG war es, das Europäische Währungssystem (EWS) über verschiedene Stufen bis spätestens zum Jahre 1999 in einen Zustand zu verdichten, bei dem die Wechselkurse zwischen den Mitgliedstaaten «unwiderruflich» festgelegt worden sind. Auf dieser Grundlage sollte dann später – sozusagen die Krönung der Integration der nationalen Währungssysteme – der Übergang zu einer Einheitswährung, dem ECU, eingeläutet werden. Und weil Währungssysteme einen institutionellen Unterbau benötigen, wird bereits an der Errichtung der *Europäischen Notenbank*, der Eurofed, gearbeitet. Voraussetzung für die endgültige Realisierung dieser kühnen Perspektive wären einigermassen stabile Wechselkurse im EWS sowie binnenwirtschaftliche Preisstabilität der nationalen Währungseinheiten, also weitgehende Absenz von Inflation in den Mitgliedstaaten gewesen. Die Protagonisten des EWS waren sich bewusst, dass der Weg zur Währungsunion nur dann erfolgreich abgeschritten werden kann, wenn sich die Mitgliedländer gleichzeitig dazu aufrufen, ihre Wirtschaftspolitik in wesentlichen Bereichen anzunähern; die Wechselkurse dürfen durch unterschiedliche wirtschaftspolitische Konzepte nicht destabilisiert werden. Zu diesem Zweck wurden in Maastricht eine Reihe von (*Konvergenz-*)*Kriterien* aufgestellt, welche die Mitgliedländer erfüllen müssen, wenn sie Eintritt in die heiligen Hallen der Währungsunion begehren.

Geht diese eher komplizierte Rechnung im Lichte der heute vorliegenden

Beurteilungskriterien auf? Eine nüchternde Abschätzung von Chancen und Risiken bringt nicht unbedingt ein positives Ergebnis zum Vorschein. Dieser Befund lässt sich am Zustand des EWS, so wie er sich gegenwärtig darbietet, ablesen. Das EWS hat mannigfache Wechselkursanpassungen kleineren und größeren Ausmasses erlebt, die nun auch den Hartwährungskern erfassten. Eine Stabilitätszone ist noch nicht entstanden. Grossbritannien hat in Maastricht ein «*opting out*» für die Währungsunion zugestanden erhalten; im September des vergangenen Jahres hat es seinen Wagen vom EWS-Konvoi abgehängt. Einen Tag später folgte Italien unter dem Druck vehementer Turbulenzen diesem Beispiel. Und Ende Juli /Anfang August fegte ein weiterer Tornado über das EWS hinweg, der seine Grundfesten erschütterte. Zur Beruhigung der aufgewühlten Gemüter holte die EG zu einem «*Befreiungsschlag*» aus, wie sich der deutsche Bundesfinanzminister ausdrückte: Die Interventionsbandbreite für die Notenbanken wurden von 2½ Prozent (nach beiden Seiten) auf je 15 Prozent ausgeweitet. Die Schwankungsbreiten der EWS-Währungen betragen nun 30 Prozent – was eigentlich, wenn dieser Vorgang jeder politischen Schönfärberei beraubt wird, als eine Rückkehr zu einem System *flexibler Wechselkurse* bezeichnet werden muss. Was ehemals als Zone der Stabilität konzipiert worden war, ist wieder zu einer *Flexibilitäts-Zone* geworden.

Dieser *Rückschlag* kann eigentlich nur für jene überraschend kommen, die

daran geglaubt haben, es könne im EWS grundsätzlich gelingen, sowohl den *Aussen-* wie gleichzeitig den *Binnen-Wert* der beteiligten Währungseinheiten zu *stabilisieren*. Wie aber jeder Student der Nationalökonomie spätestens im vierten Semester weiss, ist eine stabilitätsorientierte Geldmengenpolitik in einem System mit weitgehend fixen Wechselkursen praktisch *nicht möglich*. Der theoretisch denkbare Fall stammt aus dem Lehrbuch. Notenbanken, die durch die Spielregeln der Währungsordnungen gezwungen werden, unter Druck geratene Währungen zu stützen, verlieren ihre Geldautonomie; entweder geben sie, wenn die Interventionen auf den Devisenmärkten die Geldmenge in Zirkulation über das reale Wachstum der Wirtschaft ausdehnen, das Stabilitätsziel auf und lassen Inflation zu (Inflationimport), oder sie lassen das Ziel der Wechselkursstabilität fahren und geben der Inflationsbekämpfung weiterhin die Priorität. In diesem Dilemma hat sich in

extremer Weise bei den letzten Schüttelfrösten, die den EWS befallen haben, die *Deutsche Bundesbank* befunden. Sie musste schliesslich vor den Realitäten der Devisenmärkte kapitulieren. Das Ergebnis, eine *Flexibilisierung des EWS*, ist bekannt.

Erstaunlich bei diesem Prozess ist eigentlich nur, dass die Europa-Politiker ausserordentliche Schwierigkeiten bekunden, einzugestehen, dass sich am EWS etwas Wesentliches verändert hat und dass aus diesem Grunde auch das Endprodukt, die Währungsunion, nun zumindest in der Schwebe ist. Sie versuchen der staunenden Menschheit vielmehr weiszumachen, dass «nichts» passiert sei, dass die massgebenden Funktionsbedingungen des EWS weiterhin intakt seien und dass es mithin keinen Grund gebe, an der Verwirklichung der Währungsunion zu zweifeln. Eine solche Lagebeurteilung grenzt, weil sie relevante Fakten unterschlägt, an *Falschmünzerei*.

Willy Linder

## Verkehrspolitik im Tunnel

Die Signale werden auf Rot gestellt. Doch die Züge können nicht mehr rechtzeitig angehalten werden. Sind die Weichen der schweizerischen Verkehrspolitik falsch gestellt worden? Man braucht nicht gleich die unheimliche Erzählung *Friedrich Dürrenmatts* zu bemühen, der einen Zug in einem nicht endenden Tunnel in den Abgrund rasen und zuletzt ins «Nichts» stürzen lässt. In der eidgenössischen Realität befindet sich der öffentliche Verkehr lediglich in einem *Tunnel wachsender Defizite*, der Auswege offenlässt. Ein Licht am Ende

dieses Tunnels ist indessen noch nicht zu sehen.

Auf den ersten Blick scheint es sich um betriebswirtschaftliche Fragen zu handeln. Ein «*groupe de réflexion*» sucht nach *einschneidenden Reformen* und schreckt dabei vor der Diskussion unpopulärer Sparmassnahmen, die auch lange Zeit unantastbare regional- und personalpolitische Besitzstände in Frage stellen, nicht zurück. Ob sich Stilllegungen unrentabler Linien in schwach besiedelten Gegenden und Teilprivatisierungen in grösserem Umfang poli-

tisch durchsetzen lassen, ist vorläufig allerdings eher unwahrscheinlich. Tarifierhöhungen in rascher Folge drohen andererseits die Frequenzsteigerungen, die als umweltpolitische Erfolge gefeiert wurden, zunichte zu machen. Stagnierende Erträge würden indes nicht nur die Rechnung noch stärker belasten, sondern auch die ehrgeizigen und mit Rücksichten auf vielerlei Interessen perfektionierten *Grossprojekte der Bahn 2000 und der Neat gefährden*. Der politische Katzenjammer ist in Ansätzen schon spürbar.

Es rächt sich nun, dass man gute Absichten nicht zum vollen Preis zu verkaufen bereit war. Der Umwelt zuliebe wurde der öffentliche Verkehr nicht nur mit respektablen Leistungssteigerungen, sondern auch mit subventionierten Sonderpreisen gefördert. Die fatale Folge nicht kostendeckender Angebote lässt sich nicht mehr verschleiern: *Je grösser der Erfolg, desto grösser das Defizit*. Bei näherem Zusehen erweist sich, dass nicht allein mangelnde betriebswirtschaftliche Effizienz und Flexibilität, sondern *verkehrspolitische Illusionen* die Tunnelfahrt eingeleitet hatten.

Zu diesen Illusionen gehört auch die allzu simple Vorstellung, man müsse nur endlich dem Privatverkehr die vollen Kosten aufbürden, um den öffentlichen Verkehr wieder konkurrenzfähig zu machen. Es trifft ja zu, dass die *Mobilität insgesamt zu billig* angeboten und darum übernutzt wird. Die daraus entstehenden Umweltbelastungen müssten mit griffigen, marktwirtschaftlich eingesetzten Lenkungsinstrumenten eingedämmt werden. Aber die Kostentransparenz fehlt bei allen Verkehrsträgern. Und die gebetsmühlenartig wiederholte Behauptung, der Individualverkehr allein profitiere davon, dass er zu billig sei, ist kurzschlüssig. Tatsache

ist, dass der Grossteil der Verkehrsteilnehmer bereit ist, für die ständige Verfügbarkeit des individuellen Transportmittels *einen hohen Preis* zu zahlen. Allein die Fixkosten des Autos sind im Durchschnitt höher als das luxuriöseste Abonnement für unbegrenzte Fahrt im öffentlichen Verkehr. Beides zugleich können und wollen sich freilich viele nicht leisten

Diese Erkenntnis müsste endlich zur kritischen Prüfung des nie richtig diskutierten, weil stark ideologisierten verkehrspolitischen Grundsatzes führen, dass die Verkehrsinfrastruktur *die freie Wahl des Verkehrsmittels* ermöglichen müsse. Der Nachholbedarf für die Modernisierung eines flächendeckenden, dichten und leistungsfähigen Schienennetzes macht nun die *immensen Kosten* der Wahlfreiheit sichtbar. Man wird in der schweizerischen Verkehrspolitik nicht darum herumkommen, die Stärken und Schwächen der verschiedenen Verkehrsträger illusionslos zu analysieren, die Strategie stärker auf eine rationelle Aufteilung der Hauptfunktion auszurichten und die «politischen» Begehrlichkeiten über transparente Preise zu regulieren.

Die Frau und den Mann «von der Strasse» beschäftigt naturgemäss der Verkehr wie kaum ein anderes Thema. Für sie ist die Bewegungsfreiheit ein unschätzbare Gut; entsprechend leicht sind Emotionen zu mobilisieren. Lange Fahrten in Tunnels aber schätzt niemand, und wenn die Verkehrspolitik immer tiefer ins Finanzloch führt, dürfte auf die populären Illusionen von heute früher oder später ein böses Erwachen folgen. *Mutiges Handeln* ist angekündigt, aber noch kaum eingeleitet. Um einen Absturz zu vermeiden, müsste wohl zunächst eine *schonungslose öffentliche Diskussion* stattfinden.

Ulrich Pfister

## Sarajewo – Prüfstein des Zusammenlebens

Grössere gesellschaftliche Zusammenschlüsse wie Staatenbünde, Bundesstaaten und Staaten ganz allgemein sind nur sehr bedingt vergleichbar mit kleinen persönlichen Gemeinschaften und Partnerschaften. Und doch gibt es Analogien die hilfreich und nützlich sind. «*Es ist der Staat die Ehe unter Bürgern*» heisst es bei Franz Grillparzer. Vielleicht ist er als Bürger der Donaumonarchie zu diesem Vergleich inspiriert worden, denn der «Vielvölkerstaat» ist ja – wenigstens zum Teil – von den Habsburgern «erheiratet» und nicht erstritten und erobert worden. Der Vergleich mit der Ehe als einem Bündnis, das auf Dauer angelegt ist und grundsätzlich nur durch den Tod geschieden werden kann, das aber auf einer Wahl als Willensakt und nicht auf den Tatsachen natürlicher Blutsbande beruht, ist ebenfalls aufschlussreich und für das nationalistische 19. Jahrhundert durchaus atypisch. Im Zentrum stand damals die bis heute noch wirksame Deutung des Staates als Vaterland, dessen Söhne und Töchter zur Liebe und Hingabe verpflichtet sind und die sich durch ein gemeinsames Erbe (Sprache, Kultur und «Volksvermögen») verbunden fühlen. Der republikanische Gedanke einer partnerschaftlichen Verbundenheit in gegenseitiger Treue war und ist zwar durchaus auch vorhanden, aber er ist kein wesentlicher Bestandteil nationalistischer Ideologie. Grillparzers Hinweis auf den Zusammenhang von Bürger, Staat und Ehe (auch im ursprünglichen Sinn des dauerhaften Rechts und Gegenrechts) ist noch aus einem dritten Grund bemerkenswert. Er selber ist ja im Bewusstsein der Problematik und Zerbrechlichkeit jeder endgültigen

Bindung dem Entscheid zu einem Eheschluss lebenslänglich ausgewichen. Sein Vergleich von Staatsbürgerschaft und Ehe kann also auch als Zeichen gedeutet werden, wie schwierig das harmonische Zusammenleben in irgendwelchen Gemeinschaften stets ist und wie weit die Realität vom jeweils angestrebten und erhofften Ideal abweicht.

Beim Ausbruch und im Lauf des Ersten Weltkriegs zeigte sich die Brüchigkeit und die tiefe Zerrüttung, welche in der Donaumonarchie zur Scheidung der «Ehe unter Bürgern» führte. Ob diese folgenreiche Scheidung wirklich von innen heraus notwendig war, oder ob sie zu den historischen Fehlleistungen eines vom nationalistischen Wahn besessenen Europa zählt, bleibe hier dahingestellt. Es wurde damals auch sichtbar und spürbar, dass die romantisierende Vorstellung von politischen Systemen als Willensgemeinschaften, welche auf partnerschaftlicher Treue und auf gemeinsamen Interessen beruhen, nicht mit der Realität übereinstimmte. Die Grenzen sind eben in diesem Kontinent allzu oft nicht partnerschaftlich ausgehandelt, abgesprochen und akzeptiert worden. Vormächte und Siegermächte haben sie im eigenen Interesse und zur Abgrenzung von Macht- und Einflussbereichen über die Köpfe der wirklich Betroffenen und Beteiligten hinweg diktiert. Die politische Karte Europas ist kein Dokument des Konsenses, sondern ein Spiegel vielfältigster Machtstrukturen, die in Kriegen und Bürgerkriegen gewaltsam bestätigt und wieder in Frage gestellt worden sind. Dies sollten vor allem jene Optimisten zur Kenntnis nehmen, die heute und für alle Zu-

kunft gewaltsame Konflikte um inner-europäische Grenzen für äusserst unwahrscheinlich halten. Das Bild vom «gemeinsamen Haus», in dem die ehemaligen Nationalstaaten in konfliktloser «Ehe unter Bürgern» dauernd zusammenleben und ihre blutige Vergangenheit vergessen ist gleichzeitig verlockend und utopisch.

Selbst die Schweizerische Eidgenossenschaft, die als politische und wirtschaftliche Willens- und Interessengemeinschaft am ehesten dem Bild der ohne äusseren Zwang geschlossenen «Ehe unter Bürgern» entspricht, hat den Verfassungskonsens von 1848 mit einem Bürgerkrieg erkaufte, einem Konflikt, der glücklicherweise – und für Bürgerkriege durchaus atypisch – keinen hohen Blutzoll forderte. Die Grenzen des seinerzeitigen Sonderbundes decken sich nicht mit den wirklichen und vermeintlichen innenpolitischen Spannungsfeldern der Gegenwart, ein Zeichen für «geheilte Wunden» und ein Anzeichen (aber kein Beweis!) dafür, dass es im Lauf der Geschichte Wege gibt, die vom Konflikt zum Konsens führen, und dass ein dauerhaftes partnerschaftliches Zusammenleben von unterschiedlichen Menschen und Gemeinschaften nichts Unmögliches ist.

Vielleicht wollte *Victor Hugo* mit seiner Prophezeiung, die Schweiz werde in der Geschichte «*das letzte Wort haben*», darauf hinweisen, dass die kleinen politischen Gemeinschaften, die auf gemeinsamer Geschichte, auf gemeinsamem Willen und auf gemeinsamen Interessen beruhen, letztlich die zukunftstauglichsten sind («*the most sustainable*», würde man heute sagen ...). Also doch: Der interessengestützte, von innen heraus gebildete Konsens, die in diesem Jahrhundert schon mehrmals in Frage gestellte und totgesagte «Ehe un-

ter Bürgern» kann tatsächlich als tragfähige Basis von politischen Systemen gelten.

Der klassische Nationalstaat wollte und sollte eine Verbindung von Gleichartigen, Gleichgesinnten sein und entsprach als «Vaterland» dem Bild der blutsverwandten Familie und Sippe, die allenfalls noch einige nicht-verwandte Bedienstete integrierte. Demgegenüber ist die bewusst und im wechselseitigen Interesse eingegangene, auf Dauer angelegte Willensgemeinschaft unter Ungleichen, Nicht-Verwandten, aber Gleichberechtigten genossenschaftlich motiviert. Es sind äusserst vielfältige und heterogene Netzwerke von territorialen und personalen Verbänden und Verbindungen, eine letztlich undurchschaubare Konfusion (im ursprünglichen Sinn), welche solchen Partnerschaften trotz und wegen ihrer Verflechtung von Ideen und Interessen (Eid-Genossenschaft) ihre Stabilität und Immunität verleihen. In einer Eidgenossenschaft wächst nicht zusammen, was zusammengehört, weil es wesensgleich ist, sondern es wächst zusammen, was ursprünglich getrennt war und was trotz und wegen der Unterschiede zusammenbleiben will, weil es sich als förderlich und nützlich erweist.

Die Schweizerische Eidgenossenschaft, die im Zeitalter des Nationalismus als ärgerliches Relikt aus den mittelalterlichen «Vorstufen» des Territorialstaates empfunden wurde, kann heute durchaus als erfolgreiches postnationalistisches Experiment gedeutet werden, ein Gebilde, das – im Gegensatz zum «Vielvölkerstaat» der Donaumonarchie – dem französischen, deutschen, italienischen, spanischen und zum Teil auch britischen und russischen Wahn der homogenen Nationenbildung, widerstanden hat. Dieser Wahn

ist heute weltweit und europaweit keineswegs überwunden.

Bei den sogenannten Friedensplänen im ehemaligen Jugoslawien jagen Serben und Kroaten, unterstützt von hilflosen und wohlmeinenden europäischen Vermittlern (einmal mehr ist das Gut-Gemeinte Feind des Guten und Komplize des Übels), dem Phantom homogener Volksgruppen und Räume nach, Zuordnung von «Regio und Religio», von «Volk und Raum», von «Blut und Boden», ein Panorama von historischen Fehlleistungen unseres Kontinents! Das, was verschieden ist und kleinräumig schlecht und recht zusammenlebte, soll grossräumig getrennt und in neue Grenzen verwiesen werden, die mit Waffengewalt vorbereitet und am Konferenztisch ohne Rücksicht auf Beteiligte und Betroffene abgesegnet sind. Die Muslime in Bosnien, welche das Opfer eines Kampfes mit höchst ungleichen Waffen sind, werden nun auch noch zum Opfer der Friedensbemühungen: Ein grossangelegtes Deportationsprogramm mit dem Segen der europäischen Mächte und der Vereinten Nationen ... Dies ist wohl die denkbar schlechtestmögliche Voraussetzung für einen bosnischen Staat im Sinn einer «Ehe unter Bürgern» bzw. einer Eid-Genossenschaft. Der einzige «Lichtblick» ist der Vorschlag, in Sarajewo das Experiment des Zusammenlebens bosnischer Muslime, Serben und Kroaten unter internationaler Aufsicht zu wagen. Was man im grösseren durch

Trennung verhindert, nämlich das kleinräumige Zusammenleben trotz Unterschieden, die «Ehe unter Bürgern» bzw. die «Mischehe», soll auf lokaler städtischer Ebene in Sarajewo doch noch versucht werden. Ob ein Experiment, das im Zentrum einer Fehlkonzeption angesiedelt wird und dauernd unter den negativen Folgen dieses hirnwütigen Homogenisierungsprogramms der «ethnischen Säuberung» leiden wird, noch Erfolgchancen hat, wird die Zukunft weisen. Sicher können die Chancen erhöht werden, wenn man die notwendigen Lern- und Heilungsprozesse von äusseren Einflüssen isoliert und die propagandistischen, konfliktschürenden Kräfte wenigstens zum Teil fernhält. Allzuhäufig haben in der Geschichte homogene Gruppen ihre kollektiven Makro-Probleme in heterogene kleinere Gruppen hineingetragen, die ohne diese Einflüsse von aussen, mit den eigenen Unterschieden im Mikro-Bereich durchaus fertig geworden wären. Als Beispiel dafür sei auf die Geschichte der Stadt Prag hingewiesen.

Sarajewo ist 1914 zum Symbol geworden für die Unfähigkeit der europäischen Mächte (mehrheitlich relativ homogene Nationalstaaten), Konflikte kleinräumig und durch Lernprozesse zu lösen. Es bleibt zu hoffen, dass es nicht ein weiteres Mal zum Symbol wird für die europäische Unfähigkeit, Heterogenität und Vielfalt als Chance aufzufassen.

*Robert Nef*

#### **Der gute Rat**

*«Haltet nur eure Nester gut in Ordnung, so seid ihr so glücklich, als euer Geschlecht nur immer werden kann.» Also sprachen die grossen Vögel zu der Schar der kleinen.*

*Diese antworteten ihnen: «Was ihr sagt ist wahr; aber es ist kein Nest in Ordnung, zu dem ihr leicht kommen könnt; denn ihr esset gern Eier.»*

Heinrich Pestalozzi (Fabeln)